

Die Ausweitung der Kampfzone 29.01.2016



BERLIN/MOSKAU (Eigener Bericht) - Die Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Moskau um den Umgang mit dem mutmaßlichen Missbrauch einer 13-jährigen Berlinerin dauern an. Es gebe keinerlei Rechtfertigung dafür, den Fall "für politische Propaganda zu nutzen", erklärt Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf Vorwürfe seines russischen Amtskollegen

Sergej Lawrow. Lawrow hingegen bleibt bei seiner Kritik und hält den deutschen Behörden vor, in dem Fall aus politischen Motiven Rücksichten zu nehmen. Der Streit hat Gewicht, weil Lawrow mit seinen Äußerungen deutlich Partei für die russlanddeutsche Community ergriffen hat, aus der am vergangenen Wochenende weit über 10.000 Menschen auf die Straße gegangen waren, um unter anderem gegen angeblich kriminelle Flüchtlinge zu demonstrieren - teils gemeinsam mit extrem rechten Aktivisten. Mit der Intervention des Moskauer Außenministers erlebt die Bundesrepublik erstmals Praktiken offener Einmischung im eigenen Land, wie sie Berlin sich in fremden Staaten seit langer Zeit anmaßt. Paradebeispiel ist das deutsche Vorgehen in Kiew bei Vorbereitung und Durchführung des Umsturzes Anfang 2014. Es zeigt, welche Eskalation Moskau provozieren könnte, nähme es sich dieselben Rechte wie Berlin heraus.

Proteste befeuert

Die aktuellen Auseinandersetzungen entstanden, nachdem eine 13-jährige Berlinerin am 11. Januar 30 Stunden lang verschwunden und während dieser Zeit mutmaßlich von zwei Männern sexuell missbraucht worden war. Der Fall hat zunächst in der russlanddeutschen Community, der das Mädchen entstammt, hohe Wellen geschlagen; bald hieß es, die 13-Jährige sei von Migranten vergewaltigt worden. Interessierte deutsche Rassisten greifen den bislang nicht geklärten Fall auf, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu schüren. Andererseits wird er auch von russischen Medien, die in der russlanddeutschen Community rezipiert werden, außergewöhnlich breit thematisiert. Am vergangenen Wochenende haben nun in zahlreichen Städten bundesweit laut Schätzungen von Beobachtern zwischen 11.000 und 12.000 Personen, meist Russlanddeutsche, demonstriert und den deutschen Behörden Untätigkeit oder sogar Verschleierung vorgeworfen. Neu ist, dass dabei zum ersten Mal Proteste in Deutschland von russischen Medien systematisch befeuert werden. In dieser Woche hat sich nun auch Russlands Außenminister Sergej Lawrow in die Debatte eingemischt. Er hoffe, dass der aktuelle Streit um die Flüchtlinge in Deutschland "nicht zum Versuch" führe, "die Realität aus innenpolitischen Gründen politisch korrekt zu übermalen", erklärte Lawrow; der Fall dürfe sich nicht wiederholen.[1]

Misstrauen geschürt

Deutsche Leitmedien ordnen den Fall explizit in eine Reihe weiterer Fälle russischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten westeuropäischer Staaten ein. Russland unterstütze seit einiger Zeit "nationalistische Kräfte" in der EU - "vom Front National bis zur AfD", heißt es in einem Kommentar mit Blick auf enger werdende Gesprächskontakte zwischen hochrangigen russischen Politikern und ultrarechten Parteien aus mehreren EU-Staaten. "Schon lange schüren Putins Medien Misstrauen gegen westliche Eliten", heißt es weiter; jetzt nutzten sie "den Fall einer angeblichen Vergewaltigung durch Migranten in Berlin ..., um die russischsprachige Bevölkerung in Deutschland aufzuhetzen". "Die Demonstrationen am vergangenen Wochenende" und "die dunklen Unterstellungen des russischen Außenministers Lawrow" seien "der vorläufige Höhepunkt dieser Ausweitung der Kampfzone".[2] Mittlerweile hat auch die Bundesregierung scharf reagiert und am Mittwoch den russischen Botschafter ins Auswärtige Amt gebeten, um ihren Unmut zu übermitteln. Regierungssprecher haben mehrfach heftige Kritik an russischen Medien geübt; Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat am Mittwoch seinen russischen Amtskollegen Lawrow direkt attackiert

und geäußert, es gebe keine Rechtfertigung dafür, den Fall "für politische Propaganda zu nutzen und hier auf eine ohnehin schwierige innerdeutsche Migrationsdebatte Einfluss zu nehmen und sie anzuhetzen".[3] Lawrow wiederum hat sich gestern gegen Steinmeiers Vorwürfe verwahrt. Der Konflikt hält an.

Umsturz begleitet

Tatsächlich vollzieht Moskau mit der Einmischung in innere Angelegenheiten der Bundesrepublik lediglich nach, was Deutschland - und weitere westliche Staaten - sich schon seit langer Zeit im Ausland anmaßen. Wie Berlin und die deutschen Leitmedien Proteste jenseits der deutschen Grenzen befeuern, ließ sich zuletzt exemplarisch während der Kiewer Majdan-Demonstrationen zum Jahreswechsel 2013/14 beobachten. Stimmung für die Proteste machten damals nicht nur die maßgeblichen Medien in der Bundesrepublik, sondern auch der staatsfinanzierte Auslandssender Deutsche Welle; selbstverständlich produziert die Deutsche Welle auch in russischer und in ukrainischer Sprache. In die Demonstrationen mischten sich auch deutsche Politiker bis hin zum damaligen Außenminister Guido Westerwelle, der sich am 5. Dezember 2013 auf dem Majdan zeigte, um seine Zustimmung zu den Protesten zu zeigen.[4] Westerwelle wurde bei seinem Gang über den Majdan von Witali Klitschko begleitet, einem der Anführer der Revolte, dessen Partei UDAR unter maßgeblicher Mitwirkung der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) aufgebaut worden war. Während der Majdan-Revolte waren deutsche Stellen regelmäßig mit den treibenden Kräften der Umsturzbewegung in Kontakt.

Faschisten unterstützt

Dabei hat Berlin sogar die Nutzung faschistischer Kräfte zur Realisierung seiner Umsturzziele nicht gescheut. Bereits im Herbst 2012 hatte die von der Adenauer-Stiftung protegierte Klitschko-Partei UDAR begonnen, mit der Partei Swoboda zu kooperieren, die sich selbst in die Tradition des NS-Kollaborateurs Stepan Bandera stellt.[5] Ab dem Jahreswechsel 2012/13 nahmen dann diplomatische Vertretungen mehrerer westlicher Staaten direkten Kontakt zu Swoboda auf - zu einem Zeitpunkt, zu dem die Partei dabei war, in Kooperation mit UDAR sowie weiteren Organisationen breite Proteste zum Sturz der Regierung Janukowitsch zu planen. Ende April 2013 empfing der Botschafter Deutschlands in der Ukraine, Christof Weil, den Swoboda-Führer Oleh Tjahnibok zum Gespräch - wenige Wochen, bevor eine Swoboda-Delegation sich zu politischen Absprachen mit der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag traf. Tjahnibok berichtete später, er habe sich mit Weil über die "politische Situation" im Land ausgetauscht. Er habe versichert, seine Partei werde "ihr Bestes geben, um den Weg für das Assoziierungsabkommen (mit der EU, d. Red.) freizumachen". Insbesondere habe er den deutschen Botschafter gebeten, "die internationale Gemeinschaft" solle dazu beitragen, "das anti-ukrainische Regime (des damaligen Präsidenten Janukowitsch, d. Red.) zu stürzen".[6]

Monopol gebrochen

Hatten die westlichen Mächte, darunter Deutschland, bislang de facto ein Monopol auf offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates bis hin zur Umsturzförderung, so ist Russland seit dem Frühjahr 2014 nicht mehr bereit, diese Machtanmaßung umstandslos zu akzeptieren. Ein erster Gegenschlag gegen die westliche Hegemonie war die Übernahme der Krim; mit ihr brach Moskau den Anspruch des Westens, allein über die Zerschlagung von Staaten zu entscheiden wie etwa im Falle der Abspaltung des Kosovo im Jahr 2008. Das aktuelle Vorgehen russischer Medien und des russischen Außenministers zeigt, dass Russland bereit ist, nun auch das faktische Monopol des Westens auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten zu brechen. In Sachen Einmischung hat Berlin mit seinem Vorgehen in der Ukraine die gültigen Eskalationsstandards gesetzt. Die aktuellen Auseinandersetzungen um den Missbrauchsfall in der deutschen Hauptstadt lassen erstmals die deutsche Seite fühlen, welche fatale Folgen eine derartige Einmischung haben kann. Dabei haben sie das Eskalationsniveau, das Berlin anderen Staaten, etwa der Ukraine, umstandslos zumutet, noch nicht annähernd erreicht.

[1] Fall Lisa: Das sind die Fakten. www.n-tv.de 27.01.2016.

[2] Friedrich Schmidt: Russlands Kampfzone. Frankfurter Allgemeine Zeitung 27.01.2016.

[3] Bundesregierung weist Lawrows Vertuschungs-Vorwurf zurück. www.dw.com 27.01.2016.

[4] S. dazu [Unser Mann in Kiew](#) .

[5] S. dazu [Vaterland und Freiheit](#) .

[6] S. dazu [Termin beim Botschafter](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com